

Quelle: NZZamSonntag vom 18.2.2018

Fall Pauli: Verfahren ausgeweitet

In Affäre um Stadtzürcher Entsorgungsamt nimmt
Staatsanwaltschaft weitere Beschuldigte ins Visier

Andreas Schmid

Die Strafuntersuchung gegen Urs Pauli, den freigestellten Chefbeamten der Stadt Zürich, ist auf zusätzliche Beschuldigte ausgedehnt worden. Die Staatsanwaltschaft erhebt gegen weitere Personen Vorwürfe; unter ihnen sind ehemalige städtische Angestellte, Mitarbeiter von Firmen, die von Pauli Aufträge erhielten, sowie angeblich auch Vertraute von Pauli, die immer noch bei der Stadt tätig sind.

Betroffen von den Wirren ist Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ). Dort sollen gravierende Verstösse gegen rechtliche Vorgaben – es geht zum Beispiel um unzulässige freihändige Vergaben an Privatfirmen – begangen worden sein. Zudem wird Ex-Direktor Pauli vorgehalten, er habe vor sechs Jahren unrechtmässig einen über 100000 Franken teuren Dienstwagen gekauft und bei ERZ eine schwarze Kasse unterhalten. Wegen ungetreuer Amtsführung erstattete der für ERZ zuständige Stadtrat Filippo Leutenegger (fdp.) im Mai 2017 Strafanzeige und stellte Pauli frei. Im Juni entliess er ihn dann fristlos.

Mehrere Beschuldigte

Das Strafverfahren werde inzwischen breit geführt, sagt ein Insider der «NZZ am Sonntag». Christian Philipp, Sprecher der Staatsanwaltschaft, bestätigt die Ausweitung: «Es trifft zu, dass das Verfahren zurzeit gegen mehrere Personen geführt wird.» Gegen wie viele und wegen welcher Straftatbestände will Philipp nicht sagen. Er äussert sich «aus ermittlungstaktischen Gründen» auch nicht zur Frage, ob nach wie vor bei der Stadt angestellte Personen zu den Beschuldigten gehören. Sollte dies der Fall sein, muss die Staatsanwaltschaft beim Obergericht eine Ermächtigung einholen, wie sie es für die Ermittlungen gegen den Hauptbeschuldigten Urs Pauli bereits im letzten Juni praktiziert hatte. Eine Ermächtigung ist nötig, um eine Strafuntersuchung gegen Beamte führen zu können.

Stadtrat Leutenegger sagt, er könne zum laufenden Verfahren nichts sagen. Es gelte aber nach wie vor, dass er sich für eine lückenlose Aufklärung des Falls einsetze. Deshalb habe er auch stets alle verdächtigen und relevanten Dokumente von ERZ, auf die er gestossen sei, an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.

Neben der Strafverfolgungsbehörde klären weitere Fachleute und Gremien die Ungereimtheiten bei ERZ ab. Der Rechtsprofessor Thomas Poledna befasst sich im Auftrag der Stadt mit den Vorkommnissen, der Gemeinderat setzte eine parlamentarische Untersuchungskommission ein – zwei weitere Ratskommissionen hatten sich schon früher mit Paulis Amtsführung befasst und Berichte dazu vorgelegt. Gegenstand waren vertuschte Mehrkosten von 15 Millionen Franken beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz. Die Aufsichtskommissionen stellten zudem fachliche Mängel und Regelverstösse fest.

Der heute 59-jährige Pauli, der als ERZ-Direktor 900 Mitarbeitern vorstand, hatte sich stets gerühmt, das Amt unternehmerisch zu führen. Er stand 20 Jahre in Diensten der Stadt. Der gelernte Elektriker hatte auf dem zweiten Bildungsweg die Matur nachgeholt und Betriebswirtschaft sowie Wirtschaftsinformatik studiert. Nach Tätigkeiten in der Privatwirtschaft begann er 1997 bei ERZ und wurde bereits 1999 Vizedirektor. 2008 ernannte ihn sein damals vorgesetzter Stadtrat Martin Waser (sp.) zum Direktor. Von 2008 bis 2014 stand dann die Grüne Ruth Genner dem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement vor. Ihr folgte Leutenegger.

Pauli bestreitet Vorwürfe

Der in Ungnade gefallene ERZ-Direktor und sein Anwalt kritisierten wiederholt, nun würden mit unverhältnismässigem Aufwand Bagatellen ans Tageslicht gezerrt. Ausser des nicht genehmigten Kaufs des Dienstwagens lägen keine Verfehlungen vor.

Urs Pauli betonte, dass er in seiner Amtszeit ERZ von hohen Schulden befreit und profitabel gemacht habe. Dazu schuf der Ex-Direktor mehrere Aktiengesellschaften und umschiffte bürokratische Vorgaben der Stadt. Auf diese Weise habe er auf dem privaten Markt mitmischen können, begründete Pauli.

Die Alternative Liste und die FDP kritisierten, ERZ erziele wegen überrissener Gebühren für Abfall und Abwasser viel Gewinn. Weil zu hohe Ausgaben und zu tiefe Einnahmen budgetiert worden seien, habe der Gemeinderat Gebührensenkungen verhindert.